

Migrantinnen und Migranten und die deutsche Bürgergesellschaft. Eine Analyse der Parteiprogrammatik

Kludia Tietze

Bürgergesellschaft umfasst die demokratische, gesellschaftliche Selbstorganisation der Bürger/innen - unabhängig vom Staat und außerhalb des Marktes (1). D. h. Bürger/innen gestalten, entwickeln und verändern ihre Gesellschaft nach eigenen Maßstäben. Diese Maßstäbe resultieren aus einem System von Werten und Normen, die über Jahrzehnte und zum Teil über Jahrhunderte innerhalb einer Gesellschaft entwickelt wurden.

Um die Wende der 60er und 70er Jahre wurde die deutsche Bürgergesellschaft vor eine neue Herausforderung gestellt, die die Folge der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung war. Die bis dahin als Teile des Arbeitsmarktes, des Marktes betrachteten ausländischen Arbeitnehmer begannen sich zu ausländischen Mitbürger/innen und im Laufe der Zeit zu deutschen Bürger/innen zu entwickeln. Diese neuen Teile der Bürgergesellschaft verfügten über ihre eigenen Normen und Werte. Dies entzündete eine lange und kontroverse Diskussion darüber, ob und in wie weit Migrant/innen die deutsche Bürgergesellschaft verändern dürfen, nach welchen Regeln das Zusammenleben erfolgen und vor allem wie sich die deutsche Gesellschaft angesichts der Einwanderungsprozesse definieren sollte. Einen nicht unwesentlichen Beitrag zu dieser Diskussion leisteten und leisten die deutschen Parteien.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, welche Vorstellung die deutschen Parteien von einer gemeinsamen Gesellschaft von Deutschen und Migrant/innen haben.

Homogene vs. heterogene Gesellschaft

In Anbetracht der Parteiprogrammatik kann man grundsätzlich von zwei Typen der Gesellschaft sprechen, die von den Parteien bevorzugt werden: eine homogene und eine heterogene Variante. Die Homogenität und Heterogenität bezieht sich hier auf die Frage, in wie weit die Parteien die kulturellen Unterschiede zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft akzeptieren und wie sie die Überlebenschancen bzw. den Erfolg dieser Gesellschaft im Hinblick auf die kulturellen Unterschiede ihrer Mitglieder einschätzen. In der heterogenen Gesell-

schaft bilden die gleichberechtigte Teilhabe, die deutsche Sprache und das deutsche Rechtssystem mit dem Grundgesetz im Mittelpunkt den Rahmen des Zusammenlebens. In diesem Rahmen haben Einwandernde das Recht auf kulturelle Verschiedenheit. Auf dieser Grundlage bauen sowohl Deutsche als auch Migrant/innen eine gemeinsame Identität auf. Die Zugehörigkeitsrechte bilden hier die Voraussetzung für den Integrationsprozess, für die Integration. Die Befürworter/innen einer heterogenen Gesellschaft vermuten die Integrationsfähigkeit bei allen Einwanderern und lassen sie nach eigenen Maßstäben die deutsche Bürgergesellschaft mitgestalten. In der homogenen Vorstellung von der Gesellschaft wird den Migrant/innen eine selbstständige Integration in die deutsche Gesellschaft und damit die Mitbestimmung der Gestaltung des Zusammenlebens, der Bürgergesellschaft untersagt. Die Einwanderer/innen müssen sich in diese Gesellschaft einordnen und erst dann im Rahmen der Kultur dieser Gesellschaft nach ihren eigenen religiösen und kulturellen Vorstellungen leben. Diese Fähigkeit sich einzuordnen wird nicht jedem Einwanderer zugeschrieben. So steht die Integration vor der Einbeziehung in die Gesellschaft, vor der Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Die Zugehörigkeitsrechte bilden hier die Belohnung für eine erfolgreiche Integration, für einen erfolgreichen Integrationsprozess. (2)

CDU: Leitkultur für die Bürgergesellschaft

Die CDU strebt eine homogene Gesellschaft an. Das bedeutet, dass die wichtigste Zielsetzung ihrer Einwanderungs- und Integrationspolitik die Bewahrung der Identität der deutschen Gesellschaft ist. Dementsprechend werden in dem Konzept der CDU potenzielle Einwanderer nach ihrer Integrationsfähigkeit beurteilt. Die Erfolgsaussichten für Integration werden von den Christdemokraten umso größer eingeschätzt, je geringer die kulturellen und religiösen Unterschiede zwischen Zuwandernden und Aufnahmegesellschaft sind und je besser das Bildungsniveau und die soziale Situation der Zuwandernden sind. (3) So wird an erster Stelle die Aufnahme von Aussiedler/innen, die die höchste kulturelle Nähe unter den Einwandernden vorweisen können, befürwortet, an zweiter Stelle von EU-Bürger/innen und an dritter Stelle der übrigen Ausländer/innen mit einem möglichst hohen Bildungsstand oder Einkommen. Dies spiegelt sich auch im Grundsatzprogramm der CDU von 2007 wieder. Die Partei spricht sich für kontrollierte Zuwanderung von gut ausgebildeten, leistungsbereiten Menschen aus und stellt zugleich konkrete Anforderungen an die neuen Bürger/innen: sie sollten integrationswillig sein, die deutschen Werte und Deutschland als ihre Heimat annehmen. (4) Diese Anforderungen richten sich natürlich nicht nur an die Neuzuwandernde, sondern beschreiben die Regeln des Zusammenlebens Deutscher und Migrant/innen in einer gemeinsamen Gesellschaft. Eine große Bedeutung wird hier der Kultur zugeschrieben. Nach Auffassung der CDU hält eine gemeinsame Kultur die Gesellschaft zusammen, ist ein Wegweiser und Orientierungspunkt. Gemeinsame Kultur soll Deutsche und Migrant/innen verbinden, bei der Identifikation mit

der neuen Heimat helfen: »Denn Teil dieser Gesellschaft zu sein, heißt, an ihrer Geschichte, ihren Traditionen und Erfahrungen, ihren Formen und Normen des Zusammenlebens, also an ihrer Kultur teilzuhaben.« (5) Die CDU stellt klar, dass sie die deutsche angestammte Kultur bewahren möchte und sich deswegen sowohl Migrant/innen als auch Deutsche an der s. g. Leitkultur (europäische, abendländische Kultur) orientieren sollen. Leitkultur bildet die Grundlagen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und den Maßstab, nach dem die Bürgergesellschaft verändert werden darf. Kultur ist also ein sehr wichtiges Identitätsmerkmal, aber nicht die einzige Voraussetzung für ein Zusammenleben und die Partizipation an der Gesellschaft. Dazu gehören auch: die deutsche Sprache zu beherrschen, dem Mitbürger/innen achtungsvoll zu begegnen, zu Leistung und Verantwortung bereit zu sein, die verbindlichen kulturellen Grundlagen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung anzuerkennen. (6)

Die Grünen: Multikulturalität als Zukunft der Bürgergesellschaft

Einen Gegensatz zum CDU-Modell repräsentiert das Modell der Grünen. Im Unterschied zur CDU spielt bei den Grünen die kulturelle Nähe zu der deutschen Gesellschaft keine Rolle, da die Partei eine multikulturelle Gesellschaft anstrebt. Die Einwanderungspolitik soll dementsprechend dem Ziel dienen, eine multikulturelle Gesellschaft aufzubauen. Den Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft bezeichnet die Partei als eines ihrer Schlüsselprojekte. Grundsätzlich spricht sie sich dafür aus, dass die gesamte Einwanderung nach Deutschland unabhängig von nationaler Zugehörigkeit oder Abstammung stattfindet. Auch das Grundsatzprogramm von 2002, das die Aufnahme von Spätaussiedler/innen ignoriert, entspricht dieser Richtung. Multikulturelle Gesellschaft ist die erste Variante einer heterogenen Gesellschaft. Dem Modell der Grünen zufolge liegt die Zukunft der deutschen Bürgergesellschaft in ihrer Multikulturalität, die dank der unterschiedlichen religiösen und ethnischen Maßstäbe, die von Migrant/innen kommen, gestaltet werden kann und soll. Alle Bürger/innen seien zugleich Tolerierende und Tolerierte. (7) Das Bindeglied in der multikulturellen Gesellschaft ist der Verfassungspatriotismus. Die Sprache dieser Gesellschaft ist Deutsch, weil es die Sprache der Mehrheitsgesellschaft ist. Die Grünen gehen in ihrer Idee der multikulturellen Gesellschaft noch weiter und sagen, dass die multikulturelle Gesellschaft eine Chance zur Entwicklung einer weltoffenen, multikulturellen Demokratie sei. Multikulturelle Demokratie sei die Verbindung der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung von Einwanderung und die Verbindung der Begriffe Demokratie und multikulturelle Gesellschaft. (8)

FDP: kulturelle Vielfalt als Beitrag an die Bürgergesellschaft

Auch die FDP spricht sich für eine heterogene Gesellschaft aus. Ihre Version unterscheidet sich jedoch von der multikulturellen Gesellschaft. Im Grundsatzpapier der Freien Demokraten von 1997 ist zu lesen »Die liberale

Bürgergesellschaft (...) verlangt Bereitschaft zur Eingliederung, ohne jedoch eine gleichmachende Anpassung einzufordern. (...) Liberale stehen für die Vielfalt der Lebensentwürfe, für den Dialog und für das Miteinander der Kulturen und Religionen in unserem Land, für die Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung innerhalb eines gemeinsamen Rahmens von Normen und Werten.« (9) In dieser offenen Bürgergesellschaft seien Mitwirkungsrechte und Mitwirkungspflichten nicht zuerst an die Staatsangehörigkeit gebunden. (10) Die FDP spricht hier von einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Einheimischen und Zugewanderten mit gemeinsamen Werten und mit einer gemeinsamen Identifikation. Menschen unterschiedlicher Herkunft mit ihrer spezifischen Identität sind fester Bestandteil einer offenen Bürgergesellschaft. Die Grundlagen für diese Gesellschaft sind: gute Kenntnisse der deutschen Sprache und die vorbehaltlose Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung und des Rechtssystems. Im Rahmen gemeinsamer Werte haben Migrant/innen das Recht auf kulturelle Verschiedenheit auf dem Prinzip kultureller Gleichwertigkeit. (11) Das Rechtssystem ist die Basis, an der sich die Neuzuwanderer orientieren sollen. Kulturelle Vielfalt ist der Beitrag, den die Migrant/innen leisten. Die deutsche bzw. abendländische Kultur stellt hier die Basis, die durch die kulturellen Einflüsse von außen weiterentwickelt wird, die Deutschen und Zugewanderten gestalten ihre gemeinsame Identifikation ohne Vorgaben: dass die deutsche Kultur strikt eingehalten oder eine Multikultur geschaffen werden muss.

SPD: Dialog zwischen den Kulturen als Baustein der Bürgergesellschaft

Im Unterscheid zu den anderen Parteien schafft die SPD keine Vorstellung von einer gemeinsamen Gesellschaft Deutscher und Migrant/innen. Sie vermeidet auch das Thema Identifikation, Identität und Zugehörigkeit. Verwunderlich ist auch, dass die SPD aus der endgültigen Fassung ihres Grundsatzprogrammes von 2007 den Satz: »Deutschland ist unsere gemeinsame Heimat« (12) gestrichen hat. Es steht allerdings außer Frage, dass die SPD sich für Integration und kulturelle Vielfalt ausspricht. Auch sie verwendet in ihrem Grundsatzprogramm von 2007 den Begriff »Kultur« als Bindeglied für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Kultur schaffe die Zugehörigkeit und das Bewusstsein von Verwurzelung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. (13) Im Unterschied zu den Konzepten der CDU, FDP und der Grünen wird Kultur hier jedoch nicht als Ausdruck gemeinsamer Identifikation Deutscher und Migrant/innen betrachtet. Nicht der integrative Charakter der Kultur, sondern des Dialogs zwischen den Kulturen wird betont. Neben dem Dialog gehören zu den Regeln des Zusammenlebens in der sozialdemokratischen Version der heterogenen Gesellschaft auch das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache und das Grundgesetz als Raum für die kulturelle Vielfalt.

Anmerkungen

(1) Wegweiser Bürgergesellschaft: Was verstehen wir unter Bürgergesellschaft?,

<http://www.buergergesellschaft.de/idee/was-verstehen-wir-unter-buergergesellschaft/103546/>, Stand: 19.8.08;

(2) Vgl. Tietze, Klaudia (2008): Einwanderung und die deutschen Parteien. Akzeptanz und Abwehr von Migranten im Widerstreit in der Programmatik von SPD, FDP, den Grünen und CDU/CSU, Lit Verlag, Münster

(3) Vgl. Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern. Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands vom 7. Juni 2001 in Berlin;

(4) Vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, Beschluss des 21. Parteitages der CDU vom 3.-4. Dezember 2007 in Hannover;

(5) Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, Beschluss des 21. Parteitages der CDU vom 3.-4. Dezember 2007 in Hannover;

(6) Vgl. Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, Beschluss des 21. Parteitages der CDU vom 3.-4. Dezember 2007 in Hannover;

Multikulturelle Demokratie gestalten, Beschluss des Parteirates der Bündnis/Die Grünen von 2004 in Berlin;

(7) Vgl. Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz vom 15. - 17. März 2002 in Berlin und Multikulturelle Demokratie gestalten, Beschluss des Parteirates der Bündnis/Die Grünen von 2004 in Berlin;

(9) Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft, Beschluss des Bundesparteitages der FDP vom 24. Mai 1997 in Wiesbaden;

(10) Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft, Beschluss des Bundesparteitages der FDP vom 24. Mai 1997 in Wiesbaden;

(11) Vgl. Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft, Beschluss des Bundesparteitages der FDP vom 24. Mai 1997 in Wiesbaden;

(12) Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Januar 2007 in Bremen;

(13) Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Beschluss des Bundesparteitages der SPD vom 28. Oktober 2007 in Hamburg;

Literatur

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2002): Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz, 15. - 17. März, Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2004): Multikulturelle Demokratie gestalten, Beschluss des Parteirates der Bündnis 90/Die Grünen, Berlin;

CDU (2001): Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern. Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands, 7. Juni, Berlin;

CDU (2007): Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland, Beschluss des 21. Parteitages der CDU, 3.-4. Dezember, Hannover;

FDP (1997): Wiesbadener Grundsätze. Für die liberale Bürgergesellschaft, Beschluss des Bundesparteitages der FDP, 24. Mai, Wiesbaden;

SPD (2007): Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. »Bremer Entwurf« für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Januar, Bremen;

SPD (2007): Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Beschluss des Bundesparteitages der SPD, 28. Oktober, Hamburg;

Tietze, Klaudia (2008): Einwanderung und die deutschen Parteien. Akzeptanz und Abwehr von Migranten im Widerstreit in der Programmatik von SPD, FDP, den Grünen und CDU/CSU, Lit Verlag, Münster

Wegweiser Bürgergesellschaft: Was verstehen wir unter Bürgergesellschaft?,

<http://www.buergergesellschaft.de/idee/was-verstehen-wir-unter-buergergesellschaft/103546/>, Stand: 19.8.08

Autorin

Dr. Klaudia Tietze, aus Polen stammend, ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Integrationsreferentin bei der DJO – Deutsche Jugend in Europa Landesverband Hessen e.V.

Adresse

Tußmannstraße 40

40477 Düsseldorf

Tel.: 0179 9962215

E-Mail: klaudia.tietze@gmx.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de